

Kein SPD-Streit um Schleswiger Oberstufe

Auch nach den ablehnenden Bescheiden der Schulträger zu den Oberstufenanträgen der Gemeinschaftsschulen in Bredstedt und in Schleswig gibt sich die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) weiter kämpferisch. „Wir akzeptieren, dass es gegenwärtig bei den beiden Schulträgern keine politischen Mehrheiten für die Anträge der Schulkonferenzen der Gemeinschaftsschule mit Förderzentrum Bredstedt und der Bruno-Lorenzen-Schule in Schleswig gibt“, erklärte Dr. Hans-Werner Johannsen, der Kreisvorsitzende der AfB Schleswig-Flensburg anlässlich einer Informationsveranstaltung zur Oberstufe in Handewitt, „wir lassen uns aber nicht entmutigen und werden weiter dafür streiten, dass mehr Schülerinnen und Schüler im Landesteil Schleswig Gemeinschaftsschul-Oberstufen besuchen können.“ Landesweit gibt es an 45 der 185 Gemeinschaftsschulen genehmigte Oberstufen. Zurzeit verfügt somit eine von fünf Gemeinschaftsschulen über eine eigene Oberstufe. Im Endausbau wird vermutlich jede vierte eine eigene Oberstufe besitzen. Die Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland sind in dieser Hinsicht nach Auffassung der AfB Schul-Entwicklungsland. Beide haben die Chancen eines breiten und besseren Bildungsangebots gerade in der ländlichen Region bisher nicht erkannt. Im Kreis Schleswig-Flensburg gibt es mit Handewitt unter den 15 Gemeinschaftsschulen lediglich eine einzige mit einer Oberstufe. Im Einzugsbereich Schlesiws mit über 60 000 Einwohnern besteht nach Auffassung der AfB genügend Potential für eine zweite Oberstufe im Kreis. „Auch in dieser wichtigen Frage droht der Norden wieder abgehängt zu werden“, befürchtet Johannsen, 2007 selbst Gründungsrektor der Handewitter Gemeinschaftsschule.

Auf der AfB-Veranstaltung in Handewitt äußerten sich Stephan Dose, SPD-Fraktionsvorsitzender in der Stadt Schleswig und Marion Callsen Mumm (SPD), Vorsitzende des Schulausschusses zur aktuellen Situation in Schleswig: „Den Antrag der Bruno-Lorenzen-Schule auf Einrichtung einer eigenen Oberstufe mussten wir ablehnen, da dieses zu Lasten der anderen Gemeinschaftsschulen in Schleswig gehen würde. Es kann nur eine gemeinsame Lösung geben, bei der keine der Gemeinschaftsschulen benachteiligt wird.“, meinten beide übereinstimmend. Beide erklärten, dass mit der Ablehnung dieses Antrags der Bruno-Lorenzen-Schule keine generelle Abkehr von der Oberstufen-Option für Schleswig verbunden sein muss. Aber mit den Nachbargemeinden Schlesiws muss Einvernehmen hergestellt werden, wenn auch Gemeinschaftsschulen aus dem Umland einbezogen werden sollen. Eine Gelegenheit, dieses Thema anzusprechen, besteht bei den anstehenden Stadt-Umland-Gesprächen, bei denen das Thema Bildung eines der Schwerpunkte darstellt. Auch Schlesiws Bürgermeister Dr. Arthur Christiansen gilt ja als Befürworter einer Oberstufe an Gemeinschaftsschulen.

Von daher gibt es keinen Streit innerhalb der SPD. „Die Situation in Schleswig haben wir verstanden. Dennoch verlieren sowohl die Schlesiwiger SPD als auch die Kreis-AfB das Ziel einer Gemeinschaftsschule-Oberstufe nicht aus den Augen“ unterstrich AfB-Bildungsexperte Johannsen.

Skeptisch beurteilt Johannsen eine Kooperation zwischen Gemeinschaftsschule und Gymnasium schon in der Sekundarstufe I: „Dazu sind die Lernkulturen einfach zu unterschiedlich“ Die Gemeinschaftsschule lebt von der Stärkenorientierung. Das Gymnasium praktiziert mit Abschulung und Ziffernbenotung weiterhin eine Defizitorientierung. „Das passt einfach nicht zusammen!“ Der Gefahr eines Ausblutens der Schulen des Umlandes kann die Politik nach Meinung Johannsens mit Kapazitätsbeschränkungen und der Schülerbeförderungssatzung begegnen: „Ziel

muss sein, beide zu stärken, Stadt und Umland müssen Steuerungselemente entwickeln.“

Zu Beginn der Veranstaltung referierte Dr. Joachim Lohmann, früherer Kieler Stadtschulrat und vor 25 Jahren Begründer der ersten Kieler Gesamtschule, über das Thema „Gemeinsam lernen – das Beste für uns alle.“ Für ihn zeigen die PISA-Ergebnisse deutlich, dass es dem gegliederten deutschen Schulsystem weder gelingt, die Leistungsstarken genügend zu fordern noch die Leistungsschwächeren ausreichend zu fördern. Der wachsenden gesellschaftlichen Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung müsse „nicht mit weniger, sondern mit mehr Bildung“ begegnet werden.